

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Sonntags- und Feiertagsblätter und "Mittwochs-Unterhaltungsblatt". / Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch den Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Nachbarorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenpreiszeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenpreiszeitung 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übergabe undentlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 62

Dienstag, den 28. Mai 1929

31. Jahrg.

Für Motorradfahrer.

Die Bürgerchaft beklagt sich immer mehr darüber, daß ein Teil der Motorradfahrer die nötige Rücksicht auf die Allgemeinheit vermissen läßt. Die Klagen sind berechtigt. Wir weisen darauf hin, daß wir künftig gegen die Mißstände mit empfindlichen Strafen vorgehen werden.

Die Straßen in der Stadt sind nicht zu Überlastungsfahrten. Das übermäßige Schnellfahren ist gefährlich für Fahrer und Fußgänger. Die Knattergeräusche sind nach Möglichkeit zu vermeiden, ebenso die lästigen Auspufferdüchse.

Kemberg, den 25. Mai 1929.

Die Polizeiverwaltung.

Am 1. Juni findet eine

Schweinezählung

statt. Die Zählungsergebnisse dienen nur volkswirtschaftlichen und statistischen Zwecken; eine Verwendung für die Steuerveranlagung findet nicht statt.

Wir bitten die Viehhalter, den mit der Zählung beauftragten genaueste Auskunft zu geben. **Wer Vieh verheimlicht, macht sich strafbar.**

Kemberg, den 25. Mai 1929.

Der Magistrat.

Viehheidenentschädigungsbeiträge für 1928.

Das Verzeichnis der beitragspflichtigen Viehhalter zur Aufbringung der im Jahre 1928 gefällten Viehheidenentschädigungsgelder liegt in der Zeit vom 28. Mai bis 11. Juni in unserer Kämmererei aus. Anträge auf Berücksichtigung des Verzeichnisses können bis spätestens 10 Tage nach Ablauf der Auslieferung in der Stadtkämmererei angebracht werden. Der Beitrag beträgt für 1 Pferd 13 Pfg., für 1 Rind 1,45 M. Die Einzahlung der Beiträge hat sogleich zu erfolgen, spätestens bis Sonnabend den 15. Juni 1929.

Der Magistrat.

Stromunterbrechung.

Zwecks Vornahme dringender Betriebsarbeiten kann Mittwoch, den 29. Mai, von 8—13 Uhr, kein Strom abgegeben werden.

Kemberg, den 25. Mai 1929.

Städtisches Elektrizitätswert.

Neues in Kürze.

* Die Entscheidung in Paris steht unmitelbar bevor. Dr. Schaack hat die letzten alliierten Forderungen mit einem Nein beantwortet, so daß die Gläubiger entweder nachgeben müssen oder die Konferenz beiseitefallen nur mit einem heißen Ergebnis schließen kann.

Auf Beschluß des Reichsabinetts wird das Republikshausgebot auf drei Jahre verlängert.

Im Lohnstreik bei der Reichspost ist jetzt ein Schiedspruch gefällt worden, der eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 3,2 Prozent für die Stunde vorsieht. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Reichspost hierdurch Veranlassung zu einer Lohnerhöhung nehmen wird.

Über die Wälfischen Amalonschnecke werden waidprende Nachrichten verbreitet. Angeblich soll er sich nach Rom, Paris oder Berlin begeben.

Technik in der Landwirtschaft.

Reichsminister Dietrich über das Reichsamt für Landwirtschaft.

Berlin, 26. Mai.

In der Mitgliederversammlung des Reichsamt für Landwirtschaft für Technik in der Landwirtschaft ergreift u. a. auch Reichsminister Dietrich das Wort und führte aus, daß die Arbeit des Reichsamt für Landwirtschaft eine der wertvollsten sei, um die Rentabilität in der Landwirtschaft zu steigern. Gerade bäuerliche Betriebe ließen hinsichtlich der technischen Durchentwicklung sehr viel zu wünschen übrig, und es muß mit allen Mitteln auch an die Verbreitung und Vervollständigung der technischen Kenntnisse gearbeitet werden. Das Reichsamt für Landwirtschaft für Technik in der Landwirtschaft müsse sich zu einer Zentralfstelle für den landwirtschaftlich-technischen Fortschritt entwickeln. Es sei ja, daß man sich heute über die Mittel, die zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft notwendig seien, in keiner Weise klar sei, aber man sei sich klar darüber, daß eine vernünftige Technikentwicklung einen der zu behebenden Wege darstelle. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, im nächsten Jahre durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel die Arbeit des Reichsamt für Landwirtschaft zu erweitern.

Republikshausgesetz soll bleiben.

Verlängerung auf drei Jahre vom Reichsamt beschloßen.

Berlin, 25. Mai.

Das Reichsamt beschloß in seiner unter dem Vorsitz des Reichsanwalters abgehaltenen Sitzung vom Freitag die Verlängerung des Gesetzes zum Schutz der Republik auf die Dauer von drei Jahren. Die entsprechende Vorlage wird dem Reichstag sofort zugehen.

Das Reichsamt beschloß ferner, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vereinsgesetzes, der den vorigen Reichstag bereits beschäftigt hatte, aber nicht verabschiedet worden war, unverändert wieder einzubringen.

Die Feuerliche Reichsanleihe angelegt.

Aufträge Zeichnungsbeginn.

Berlin, 25. Mai.

Die gestern begonnene Zeichnung der neuen Reichsanleihe ist bisher durchaus ruhig verlaufen und hat Veranlassungen weder nach oben noch unten ergeben. Selbstverständlich getattet der erste Zeichnungstag noch keinen sicheren Schluß auf das Gesamtergebnis. Doch ist man in Finanzkreisen nicht besonders optimistisch.

Der Voranschlag der Banken auf die Anleihe in Höhe von 125 Millionen Reichsmark, der teils in Markt, teils in Depositen gegeben wird, dürfte als sehr geringfügig anzusehen sein.

Auf dem Höhepunkt.

Die Entscheidung steht bevor. — Dr. Schaacks entschiedenes Nein! — Drei Lösung kommen in Frage.

Paris, 26. Mai.

Die Verhandlungen der Reparationsachverständigen haben sich endgültig der Entscheidung genähert. Die Forderung des neuen alliierten Zahlungsplanes hatte ergeben, daß die Jahreszahlungen um nicht weniger als 113 Millionen erhöht werden sollten, wobei die Deutschen die Raten noch auf die ersten 20 Jahre, die für Deutschlands Sanierung so außerordentlich wichtig sind, die Hauptlast entfallen. Die deutschen Delegierten lehnen dieser Forderung ein entschiedenes Nein entgegen. Die Folge davon war, daß die Gläubiger in privaten Besprechungen die Berechnungsmethode änderten, so daß nun noch 52,3 Millionen mehr gefordert wurden, als nach den Young-Vorschlägen vorgesehen war.

Die Verhandlungen gingen am Sonnabend vom Vormittag an bis in die Abendstunden weiter und man rechnete mit der Entscheidung über das Schicksal der Konferenz. Die deutsche Delegation beschloß, unter keinen Umständen von dem von Young vorgeschlagenen Plan abzugehen. Auch Young selbst hat die Ansicht, für eine Vorläufige einzuweisen. Es kann daher jetzt nur drei Lösungen geben: Alle Konferenzteilnehmer genehmigen den Youngschen Vorschlag, oder man geht ohne Resultat auseinander oder aber man genehmigt nur Vorläufige, einen Mehrheitsbericht der Gläubiger, der die alliierten Forderungen entfällt, und einen Minderheitsbericht Youngs und der deutschen Delegation, der sich auf den Youngschen Zahlungsvorschlag stützt.

von Hoelsch bei Briand.

Der deutsche Vorkämpfer von Hoelsch hatte den französischen Außenminister Briand am Freitag, um ihm zu nächst Mitteilung von der glücklichen Heimkehr des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ zu machen, und ihm bei dieser Gelegenheit nochmals den Ausdruck des Dankes für die tatkräftige Hilfeleistung der französischen alliierten Stellen zu erneuern. Der Vorkämpfer hat ferner amtlich Kenntnis von dem Austritt des deutschen Sachverständigen Dr. Böglers, und seine Erregung durch Geheimrat Kästl gegeben.

Reichsregierung steht hinter Schaack.

Die Berliner Auffassung.

Berlin, 26. Mai.

Wenn es zu einem Scheitern der Sachverständigenverhandlungen in Paris kommen sollte, so liegt das, wie von Berliner zuständigen Stellen erklärt wird, vor allem daran, daß zwei Fragen in Paris in den Vordergrund gerückt sind, die mit den Sachverständigenverhandlungen eigentlich gar nichts zu tun haben, nämlich die Frage der belgischen Markguthaben und die Frage der Verteilung der Jahreszahlungen unter die Alliierten.

Von zukünftiger Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich die Auffassung der deutschen Sachverständigen wohl und ganz nach der Auffassung der Reichsregierung deckt. Selbstverständlich habe die Reichsregierung in keiner Weise den Sachverständigen irgendeine schriftlich festgelegten Weisungen nach Paris gegeben. Ferner wird erklärt, daß über die Rückgabe des Gaargebietes in Paris nicht gesprochen worden sei.

Der polnische Nachbar.

Wie in Berliner polnischen Kreisen angenommen wird, dürften die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen am 27. Mai in Warschau wieder aufgenommen werden. Ob der deutsche Delegationsführer Dr. Hermes bei den Verhandlungen selbst schon anwesend ist, ist jedoch fraglich. Wahrscheinlich werden die Vorverhandlungen zunächst von dem deutschen Generalisten in Warschau geführt werden. Es ist erst vor kurzem bekanntlich in Berlin aufgeführt und der mit neuen Instruktionen der deutschen Regierung nach Warschau wieder nach Warschau zurückkehren wird. Was seine Berliner Besprechungen anbelangt, so dürfte zunächst einmal über die von Polen in Verfolg der Doppelten Vorgänge verfügten neuen Entzünnungen gesprochen werden, da, wie wir zuverlässig erfahren, diese Frage gegenwärtig den Anreißer der zukünftigen Verhandlungen darstellt. Es liegt jetzt eine Reihe von Einzelheiten über die neuen Liquidationen, die in Polen angeündigt worden sind, vor. Nachdem beinahe drei Jahre lang solche Liquidationen unterblieben waren, liegt jetzt geradezu eine Flut von neuen Ausschreibungen ein. Darunter figurieren Veräußerungen von 4 bis 6000 Hektar, deren Inhaltlich sehr verträglich um die polnische Staatsangehörigkeit hermit geführt wird. Es liegt jetzt eine Reihe von Einzelheiten über das Gut des Herrn von Hart, Kreis Neutomisch, 3000 Hektar, sowie das Gut Sartowitz des Grafen Schwerin, Kreis Schwes, 4673 Hektar, eines der größten deutschen Güter in Polen, zum Zwangsverkauf ausgeben worden. Gleichzeitig ist die Zahl der liquidierten Kleinbesitze auf 46 Güter mit rund 1000 Hektar gestiegen.

Die letzte polnische Maßnahme ist die Entzünnung der Grenze zwischen den Ländern der deutschen Besitzer des grenznahen Ortes Lupitz, wofür den Besizern ganz minimale Beträge als Entschädigung angesetzt wurden, so daß, wie meistens bei Kleinbesitz, die Verwaltungskosten den Erlös bedeutend übersteigen. Wie brutal diese Maßnahme durchgeführt wird, erhellt daraus, daß die enteigneten Besitzer drei Tage nach Auktion des Liquidationsbeschlusses für Land, auf welchem die Frühjahrsbefüllung selbstverständlich mit aller Sorgfalt durchgeführt worden war, nicht mehr betreten dürfen.

Bis zum Jahre 1926 hatte Polen bereits 15 Großgrundbesitzer mit 5000 Hektar und 907 Kleinbesitzer mit 15 000 Hektar zum Zwangsverkauf enteignet. Inzwischen waren zu diesem Zeitpunkt 33 000 Hektar Grundbesitz und 2500 Kleinbesitzer durch sogenannte Ankaufkäufe ihren deutschen Besitzern verloren gegangen. Seit dem Juli 1926 waren dann der fortgesetzten langwierigen Auslieferungsbemühungen der deutschen Regierung keine Entzünnungen mehr vorgenommen worden. Formell hatte die polnische Regierung zwar immer an der Aufrechterhaltung der Liquidation festgehalten, jedoch liegen die diesbezüglichen Verhandlungen der beiderseitigen Regierungen, die tatsächliche Erfüllung des Liquidationsverfahrens erhoffen. Auch die diesbezügliche Befragung des deutschen Generalisten mit Marjall Kilmubst schien eine endgültige Vereinigung dieser Frage zu verprechen.

Zur Charakterisierung des polnischen Vorgehens ist zu erwähnen, daß es seit anderen Mächten, soweit sie als Kriegsgegner auf Grund des Verfallens diktiert Liquidationsanträge gegen Deutschland haben, freiwillig auf dieses intransigente „Nein“ verzichtet haben, da seine Geltendmachung unvereinbar ist mit den Empfindungen und dem Rechtsgefühl der heutigen Zeit, das elf Jahre nach dem Kriege immerhin soweit wieder erklart ist, um die Schädigung von Privatpersonen durch staatliche Beschlüsse, die nicht die Gesamtheit betreffen, als unzulässig zu verwerfen. Die Liquidation und zwangsweise Veräußerung angekauften und bewirtschafteten Grundbesitzes stellt aber gegenüber liquiden und irgendwie doch nur materiell zu bewertenden Vermögen eine besondere Ineffizienz dar, die nicht nur vernichtende wirtschaftliche, sondern auch schwere soziale und seelische Folgen für die Betroffenen nach sich zieht. Dabei kann noch nicht einmal zu weiteren Kriegsgegnern gehört, sondern verbannt keine Wiedererhebung der Initiative der Mittelstände.

Das Vorgehen der polnischen Regierung kann nur dazu dienen, die an und für sich schon sehr heißen deutsch-polnischen Beziehungen nur noch mehr zu erhärten. Wenn nun von polnischer Seite der Versuch gemacht wird, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gelockert zu werden, so ist anzunehmen, daß nach seiner Rückkehr nach Warschau der deutsche Generalisten den Standpunkt der Reichsregierung nachdrücklich dahin zum Ausdruck bringen wird, daß jede Fortsetzung der Verhandlungen am Ende erscheinen muß, wenn die polnische Regierung fortfährt, die grundbesitzliche Verwertung des Deutschen Grundbesitzes zu fördern und ihre Entschädigungspolitik in dieser brutalen Form fortzusetzen. Es ist auch anzunehmen, daß die polnische Regierung bei den kommenden Verhandlungen ihre „Gleichheit“ erklären wird, die Liquidationen vorübergehend einstillen, da sie selbst kaum der Ansicht sein wird, daß Handelsvertragsverhandlungen in anderen Fällen erfolgversprechend wären. Es hat daher den Eindruck, daß die polnische Regierung die gegenwärtige Pause der Vertragsverhandlungen zu nutzen mit dem Doppelten Vorfall belagert zu einem letzten großen Vorstoß auf den deutschen Grundbesitz in Westpolen auszuheben wolle. Ingesamt sind in den letzten Wochen 84 Objekte von der granulierten Entzünnungsmaßnahme betroffen worden!

Die Kriegaanleihe-Betrüger.

Die Serie der Kriegaanleihe-Prozesse, deren Zeuge wir in den letzten Jahren in allzu häufigem Maße sein mußten, wird in diesen Tagen eine neue Bereicherung erfahren. In Berlin-Moabit beginnt am Dienstag der Prozeß gegen Hugo Stinnes jun. und sechs weitere Angeklagte wegen Betrages zum Nachteil des Reiches. Es handelt sich um die große Kriegaanleihe-Schiebung, die vor mehreren Monaten allgemeines Aufsehen erregte und durch die das Reich um mehrere Millionen geschädigt werden sollte. Noch rechtzeitig kam man aber dem Schwindel auf die Spur und ermittelte in einem ziemlich schwierigen Verfahren die beteiligten Betrüger, von denen ein großer Teil im Ausland wohnt und deshalb nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Die interessanteste Rolle in diesem Prozeß wird sicherlich Hugo Stinnes spielen, der Sohn jenes Industriegehaltigen, der in einem taiflosen Leben ungeheure Werte unter seiner Hand vereinigte und bei seinem Tode ein Vermögen hinterließ, dessen gigantischen Ausmaßen seine Erben nicht gewachsen waren. Durch den Streik der Eisenwerke und die Verfallung des Vermögens allmählich. Wie eine Krone des Schicksals mußte es an, daß einer der Söhne, der an dem Erbe der Millionen mitbeteiligt war, schon nach wenigen Jahren nicht anders seines Lebens „Notdurft“ bedien zu können glaubte, als daß er durch ein großes Schwindelmanöver sich unberechtigte Reichtümer verschaffen wollte. Das Kriegaanleihe-Unternehmen ist Hugo Stinnes jun. zum Fallstrich geworden. Der Verlauf des Prozesses, der vier Wochen in Anspruch nehmen wird und zu dem 21 Zeugen geladen sind, wird erweisen müssen, in welchem Licht sich die Schuld dieses Millionenerben darstellt wird.

Die gesetzliche Grundlage des Prozesses wurde in einer Pressebesprechung dargelegt, die im Moabiter Gericht stattfand. Das Reichsgesetz über die Abfindung öffentlicher Anleihen bestimmte, daß als Anleihe-Aktive jene Anleihen entschädigt werden sollten, die vor dem 1. Juli 1920 erworben worden seien, die vor dem 1. Juli 1920 erworben worden seien, die vor dem 1. Juli 1920 erworben worden seien. Die nach diesem Datum erworbenen waren, wurden mit 2,5 Prozent ihres Wertes entschädigt, während Aktive zu nächst zwar auch nur mit 2,5 Prozent entschädigt, außerdem aber mit einem Auslosungsgesetz ausgestattet wurde, das den Inhabern den fünffachen Betrag der Entschädigung für Neubestitz zusicherte. Die Aktive vor Anleihe mußten bis zu einem bestimmten Termin ihren Besitz anmelden, und zwar waren im Ausland bestimmte Stellen mit der Annahme dieser Anmeldungen beauftragt. Sie hatten lediglich die Anträge zu übernehmen und zu vergleichen, ob die Nummern der angelegten Papiere mit den Bankbescheinigungen übereinstimmten, die die Erwerbung des Wertes vor dem 1. Juli 1920 bestätigten sollten. Dann wurden diese Anträge an den Reichskommissar für die Anleiheabfindung weitergeleitet, und die letzte Entscheidung wurde durch ihn gefällt.

Für die Beurteilung ist eine weitere gesetzliche Bestimmung wichtig, wonach alle Papiere, die nach dem 30. Juni 1920 durch die Reichsanleihe-Aktien-Gesellschaft gegangen sind, in dem Reichsanleihe-Verzeichnis eingetragen werden, so daß durch Heranziehung dieses Verzeichnisses eine erste Prüfung vorgenommen werden konnte, ob tatsächlich Aktive vorliegen. Darauf gründete es sich, wenn bei vorgetragener Aktive-Anleihe-Bestitz verläuft wurde, wieder zu erörtern, die sich vor Anfang an nicht auf reichsdeutschem Gebiet, sondern im Ausland befanden hatten.

Bei der Anmeldung der 28 Millionen Reichsmark Aktivebestitz in Frankreich waren vier französische Staatsangehörige beteiligt, die vertreten waren durch den Rechtsanwalt und Abgeordneten Calmont. Es ist interessant, daß er im Verlauf des Verfahrens versucht hat, seine politischen Beziehungen zugunsten einer Befreiung geltend zu machen, und daß er dem deutschen Hofkassier in Paris mit der Einbringung einer Interpellation in der französischen Kammer für den Fall drohte, daß die Angelegenheit nicht beschleunigt erledigt werden würde. In Rumänien sind sieben rumänische Banken und Sparkassen an der Anmeldung der 15 Millionen Reichsmark Aktivebestitz beteiligt. Im Verlauf der Prüfungen haben schließlich sowohl der französische Rechtsanwalt Calmont als auch die rumänischen Antragsteller auf ihren Antrag verzichtet, und zwar nicht nur auf die Entschädigung für Aktivebestitz, sondern auch auf die Entschädigung für Neubestitz, weil nachgewiesen wurde, daß ein Betrugsvorwurf vorliegt.

Die Beteiligung von Hugo Stinnes an diesem Geschäft ging auf dem Umweg über den Kaufmann Eugen Hirsch, den Kaufmann Erich Wothmann und den Landwirt von Madow - die beiden letzteren Angeklagten von Hugo Stinnes - vor sich. In den Vorbesprechungen ist das Wort gefallen, daß man an einem solchen Geschäft mit 1 Million 14 bis 15 Millionen verdienen könne. Stinnes hat einen Betrag von 400 000 bis 500 000 Mark zur Verfügung gestellt. Eugen Hirsch, Leo Hirsch, der Kaufmann Bela Groß und der Kaufmann Erich Wothmann sollen nach der Anlagebescheinigung in eingehenden Vorbesprechungen darüber beraten haben, welche rumänischen oder französischen Mittelmänner sie finden könnten. Außerdem wurde ein holländischer Wäcker zur Beschaffung der erforderlichen Aktivebestitz gefunden. Es wurde vor allem in London für etwa 3 Millionen Mark Reichsanleihe gekauft, die dann teils in Rumänien, teils durch Herrn Calmont in Frankreich auf dem Weg über den Credit mobillier als Aktivebestitz eingereicht wurden.

Angeklagt sind neben Hugo Stinnes die erwähnten anderen Beteiligten, soweit sie in Deutschland leben, und zwar wegen Beihilfe auch noch der Kaufmann Joseph Schneid aus Berlin, insgesamt sieben Personen.

Schiedspruch im Reichsbahnstreit.

Erhöhung der Grundlöhne.

Berlin, 26. Mai.

Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft haben unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichters, des Vortragenden Rats Dr. Köder, die Schlichtungsverhandlungen stattgefunden. Da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, wurde eine Schlichterkammer gebildet.

In den späten Abendstunden wurde der Schiedspruch gefällt, der eine Erhöhung der Grundlöhne im Lohngebiet I um 4, in den Lohngebieten II und III um 3 Pfennig je Stunde vorsieht. Diese Regelung soll erstmalig fällbar sein zum 31. März 1931.

Die Reichsbahn gibt zu diesem Schiedspruch bekannt, daß durch die Lohnerhöhung eine Mehrausgabe von 43,2 Millionen an Mark entstände, ohne daß der Schiedspruch irgend welche Angaben über die Deckung dieser Summe mache. Da eine weitere Einschränkung der tatsächlichen Ausgaben nicht möglich sei, werde man sich überlegen müssen, wie die Einnahmeseite gesteigert werden könne. — Offiziell meint die Reichsbahn mit diesen Überlegungen nicht eine neue Tarifserhöhung, die vollkommen unerträglich wäre.

„Deutsche Illustrierte“ heute neue Nummer

bei H. H. Arnold

Der „schöne Eugen“ hörte kaum auf ihn - denn er schmeichelte in Träumen. Er sah im Geist den Namen „Thea Loffen“ bereits in farbigen Lettern von allen Anschlagkäulen grühen, in farbigen Glühlampen über den Eingängen der größten Kinos aufstrahlen. „Thea Loffen“, - merkwürdig, wie gut diese Namenszusammenstellung klang, ganz wie geschaffen, um vollständig zu werden... Und er, Eugen Deri, hatte diese Ideen erdacht, er hatte ihrem Talent die Steige gebahnt... Kramers Verlegenheit hat das Schmelzen des Ungarn aus höchste geliebt. Der Herr Direktor hat von einem Fräulein auf den andern und spielte nervös mit seinem Monatel. Er atmete wie erlöset auf, als Reckmann jetzt seine Stimme erhob und Thea seine Rechte entgegenstreckte. „Allo abgemacht, Fräulein Loffen!“ sagte er, die Verhandlung schlüssend, „es bleibt dabei: wenn die Probe gut ausfällt, holen Sie sich morgen früh in meinem Büro Ihren Vertrag!“

Thea ist gut. „Allogemacht, Herr Direktor.“ Ihre Verlegenheit war gänzlich geschwunden. Stolz und Dankbarkeit erfüllte sie. Sie, die unbekannte Anfängerin, sollte in einem Film, der für die berühmte Miriam Holm geschrieben war, die Hauptrolle spielen! Sie, die niemals auf einer Bühne gehalten, sollte das erreichen, was Hunderte von anerkannten Schauspielerinnen nicht vermocht hätten! „Oh, Sie wollten das Vertrauen, das der Direktor in Sie setzte, gewiß nicht täuschen! Wie gutig er mit mir gesprochen, wie väterlich! Und zweitens: wann sollte sie im Monat verdienen! Zweitens: wann sollte sie im Monat verdienen! Und drittens: wann sollte sie im Monat verdienen! Und drittens: wann sollte sie im Monat verdienen!“

Reckmann hatte inzwischen mit Kramer einige Worte gesprochen und in einem Schreibmaschinenmanuskript geblättert, das dieser ihm überreicht hatte. Jetzt gab er es ihm zurück, mit dem kurzen, fleißigen Finger auf eine Stelle tippend. „Lassen Sie sie gleich die Hauptjensei. Was vorausgeht, müssen Sie ihr mit zwei Worten erklären. Sie, Deri, Deri, Wenig, schlafen Sie wieder mit offenen Augen.“ Der Ungar wurde zusammen und kam eilig herbei. „Herr Direktor wünschen?“ „Haben Sie mal mit auf! Wir probieren einmal mit Fräulein Loffen. Sie sollen die Männerrolle martieren!“

Aus der Heimat und dem Reich.

Regensburg, den 27. Mai 1929

* Hundert Jahre Kantorei-Männergängerverein. Nun ist das Fest vorbei, das die Gemüter der Bürgerschaft schon lange vorher bewegte. Strahlender Sonnenschein lagte vom Himmel und erhöhte die Festesfreude. Der sehr gut besuchte Kommerz- und Konzertabend leitete das Fest in ganz vornehmer Form ein, am Sonntag vormittag, vereinigten sich die Sänger und Bürgerschaft zur Beisitzung im Goteshaus, in dem der R.-M.-G.-V. so oft seine Lieber zur Erbauung ertönen läßt. Und dann kam es alle, die Sängere und Sängerinnen, von Nah und Fern, mit Wagen, Auto und Rad, jedoch in untern Stragen und Gassen bald ein lebhafter Betrieb sich entwickelte, die Beisitzung am Feste war so stark, daß unter gewiß nicht gerade kleiner Markttag voll besetzt war. So mancher Schweißprophet wurde hier auf dem Markttag bei der glühenden Hitze verpöffen, der aber nach dem Umzug bald wieder durch einen kühlen Trunk erlegt worden ist. Manches lustiges Lied erklang noch bis in die späten Abendstunden hinein zum Zeichen dessen, daß es allen in Regensburg gut gefallen hat. Der Festball beendete das Fest. Einen ausführlichen Bericht bringen wir in der nächsten Nummer.

* Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Abend auf der Schmiedeburger Straße kurz vor Niemig. Der Motorradfahrer Kurt Wengemann fuhr gegen das Hinterrad des Wagens, mit dem der Gastwirt Gekner-Niemig seine Wirtschaftsgenstände vom Schuppenplatz nach Hause fuhr. Das Motorrad wurde bei dem Zusammenstoß beschädigt, der Fahrer erlitt einen Beinbruch.

* Mit dem Motorrad verunglückte gestern zwischen Oppin und Köpzig ein aus Böhmen stammender Motorradfahrer. Wie wir hören erlitt er einen Schlüsselbeinbruch und Kopfverletzungen.

* Vor einiger Zeit wurde der Landwirt Duhn sen. von einem Judeber angegriffen und ganz erheblich verletzt. Die Verletzungen waren so ernst, daß der sonst noch so rüstige Mann im Paul-Gerichtsamt daran verstarb.

* Wittenberg. (Böse Folgen eines wilden Radfahrens.) Jedemal, wenn die Arbeiter der Sprengstoffwerke auf ihren Rädern nach Hause fahren, geht die Gemüter verhältnismäßig schnell vor sich und das ist zu verstehen. Schließlich ist jeder froh, wenn er nach langer Arbeit in sein Heim kommt. Jeden Nachmittag entwickelt sich auf der Müllendörfer Straße so etwas Ähnliches wie ein kleines Wettrennen. So auch gestern nachmittag. Nicht immer geht die Kälerei ohne Unfall ab. Gestern nachmittag z. B. kam der Arbeiter Krotzmann, der mit mehreren Arbeitskollegen nach Hause fuhr, bei einem solchen Wettkampf auf der abschüssigen Straße zu Fall, fiel gegen einen verrosteten Drahtzaun und riß sich Gesicht und Hände an dem Stacheldraht auf. Ferner erlitt er eine Verletzung des linken Armes.

* Gräfenhainichen. (Gewitter und Hagel.) In der heutigen Mittagsstunde gab über unser Stadtgebiet und nähere Umgebung ein Gewitter herauf, das von leichten Regenschauern und starken Hagelchauern begleitet war und bei dem erheblich große Beschädigungen herbeiführten. Der erkrankte Regen dürfte unteren liegenden Fluren sowie der Vegetation sehr zu Vorteil sein.

* Zittau. (Töblicher Unglücksfall.) Ein herabfallender Stein fiel von einem im Bau befindlichen Schornstein dem bei der Firma Gertel & Hopf beschäftigten 22jährigen Walter Kurt aus Schöningen (wohnsitz in Gräfenhainichen) auf den Kopf, wodurch derselbe ein großes Loch in die Schädelkapsel erhielt. Nach Anlegung eines Notverbandes durch die Werkstatthalter wurde der Ver-

„Aber gern, Herr Direktor!“ Kramer hatte inzwischen die Blätter des Manuskriptes überflogen und begann, Thea, die gut und Mantel abgelegt hatte, und Deri, der verflücht neben ihr stand, die Handlung zu skizzieren. Thea hörte eifrig zu und nicht wiederholt mit dem glühenden Kopf. Sie war bereits völlig im Bilde. „Wie einfach doch das alles war! Oh, das arme, verlassene Mädchen wollte sie dem Publikum gleichgültig machen! Und schließlich legte sie sich Gesichtsausdruck und Bewegungen zurecht.“ Kramer wandte sich jetzt zu Reckmann, der breit auf einem Stühle Platz genommen hatte und interessiert zuhörte.

„Wenn es dem Herrn Direktor recht ist, fangen wir an.“ Reckmann nickte zustimmend. „Haben Sie noch eine Frage, Fräulein? ... Wie war doch Ihr Name?“

„Er kannte ihn natürlich genau, glaubte aber durch dies angebliche Versehen ihr seine Geringachtung ausdrücken zu können. Statt ihrer antwortete Reckmann, der Kramers Absicht durchschaute.“

„Thea Loffen heißt das Fräulein. Ich glaube, lieber Kramer, Sie tun gut, wenn Sie sich diesen Namen recht einprägen, denn Sie werden viel mit dem Dame zu tun haben!“

„Ich will es hoffen, - in Ihrem Interesse, Herr Direktor! Allo, Fräulein Loffen, ist Ihnen die Situation klar?“ Thea bejahte.

„Und Ihnen, Deri?“ Der Ungar, der sich diebstalt über Kramers Absichten freute, bejahte gleichfalls.

„Allo, dann fangen wir an!“

Allo, dann begann zu spielen. Schon nach wenigen Augenblicken hatte sie sich völlig in die Rolle hineingebettet. Sie fühlte sich selbst als die unglückliche Verlassene, die sie darstellen sollte, sie spielte sie nicht, sie lebte sie.

Reckmann sah mit offenem Munde da. Sein Staunen wuchs von Minute zu Minute. Was, eine solche Kraft hatte er schon seit Wochen in seinem Atelier, ohne es zu ahnen? Er war gereizt, mehr noch, ein glänzendes Gesicht hand ihm bevor!

„Auch Kramer war verblüfft. Er hatte schon manche Anfängerin Probe spielen sehen, aber zu etwas hätte er denn doch nicht für möglich gehalten! Auf Wort: Miriam Holm wurde es schwer haben, gegen diese Naturkraft zu bestehen. Ein waches Glück, daß er sich nicht zu fest gebunden hatte...“ (Fortsetzung folgt.)

Fräulein Loffen

Roman von Rosa Porten.

(2. Fortsetzung.) (Heller-Verlag, Leipzig, Berlin 1929)

Der Ungar, den ihr Jäger in Erlaunen lieh, glaubte, sie habe ihn nicht richtig verstanden. „Sie sollen die Rolle von der Holm spielen, Fräulein Loffen! Begreifen Sie, was das heißt? ... Sie werden berühmt werden, Riesengelohn erhalten... Jedes andere Mädchen würde auf den Knien dem Herrgott für diesen Glücksfall danken, - und Sie bebenken sich noch lange? ... Der Direktor wird ungeduldig werden, - und, wer weiß, vielleicht fällt ihm eine andere ein, die Miriam Holm ersetzen soll!“

Thea hatte inzwischen ihren Entschluß gefaßt. Der Gedanke, daß sie mit den Beträgen, die sie erhalten würde, ihrer Ehe mit Franz Willinger, dem talentvollen, jungen Musiker, mit dem sie seit beinahe zwei Jahren verlobt war, keine materiellen Hindernisse entgegengehen würden, hatte den Ausschlag gegeben. Sie schritt hastig hinter Deri her, der vorausgeht war und die Weltkarte aufstieß.

„Surral!“ schrie er in den weiten Raum hinein, und ließ sein „A“ majestätisch rollen. „Ich bringe Ihnen Thea Loffen, die neueste Entdeckung der Film-Industrie und zog mich lächelnd, die Achseln und zog mich lächelnd die Stirn rücken. Er glättete sie aber sofort und grüßte Thea mit ausgeführter Höflichkeit, als er die Freude gewahrte, die das schimmernde Antlitz Reckmanns verriet. So gut es seine ippige Gestalt erlaubte, war dieser Thea entgegengetreten, hatte ihre Hand ergriffen und das heftig erlösende junge Mädchen mit sich in eine Ecke gezogen, wo er jetzt lebhaft auf sie ein sprach.

Kramer, dem es sehr unangenehm war, wurde, suchte den schärfsten Eindruck, den diese Zurückweisung in den Augen des Hilfsregisseurs machen mußte, durch boshafte Bemerkungen abzumildern, die er dem jetzt lächelnden Ungarn ins Ohr flüschelte.

„Oh, er kann sehr liebenswürdig sein, der alte Krabe, wenn er jemanden braucht. Warten wir, daß er die Loffen zu einseht, daß sie ein Viertel von dem nimmt, was die Holm bekommt, und ihm noch ewig dankbar ist!“

Nutzholz-Verkauf

der **Oberförsterei Tornau bei Büben** am **Donnerstag, den 13. Juni 1929** von **10 Uhr** ab im **Seibetung** in **Tornau Tornau-Süd**, **Sammeltrieb** Hauptn. **Kie: 114 Stk. Kl. 1a-6 = 103 fm.** Durch. **Jag. 6c. Kl: 21 Stk. Kl. 1a-3b = 15 fm**
Schwemmal, **Jag. 32a** **Aush. Kie: 7 Stk. Kl. 1b-4a = 10 fm; Sammelb. Hauptn. 367 Stk. 1a-4b = 217 fm**
Rauchhaus, **Jag. 61d** **Schlag. Kie: 31 Stk. 1a-2b = 14 fm**
Sammelb. Hauptn. Kie: 328 Stk. 1a-4a = 162 fm Durchf. **Jag. 30d, 33a, 34d, 35b, 35c, 62c, 64a, 62d, 61f Kie: 602 Stk. 1a-4b = 324 fm** **Grubenholz** in **Stempeln: 16 fm** **Kloben, 35 fm** **Knü.**
Lutherstein, **Jag. 69a, 69b, 84a, 98b, 100d, 130a, 130c, 130d, Ei: 4 Stk. Kl. 2-3 = 1,37 fm, Bu: 10 Stk. Kl. 2-3 = 2,82 fm, Kl: 175 Stk. 1a-4a = 72 fm, Grubenholz** in **Stempeln: 15 fm** **Kloben, 23 fm** **Knüppel.**
Tornau-Nord, **Jag. 90e** (**Sammeltrieb**) **Kl: 93 Stk. 1a-3b = 60 fm**, **Jag. 103Ab** **Durchf. Kie: 110 Stk. 1a-3b = 57 fm**
Grenzhaus, **Jag. 132c, 132d, 138b** **Ei: 1 Stk. Kl. 3 = 0,13 fm, Kie: 352 Stk. 1a-3b = 144 fm**
 Berichtigung vorbehalten. Aufnahmestellen bei Bestellung bis 31. Mai, Versand derselben am 4. Juni.

Donnerstag, den 28. Mai, nachm. 5 Uhr wird die **Streu** a. **Bußdorfer Buschplan** an Interessenten meistbietend verpackt.

Otto Braunsdorf, **Marktmeister**

Am **Mittwoch, den 29. Mai d. Js.**, nachmittags **3 Uhr** findet im **Wernerischen Gasthaus** zu **Dabrun** die öffentliche

Verpachtung von **etwa 70 Morgen Pfarrwiesen** statt. Die Bedingungen werden auf dem **Termin** bekannt gegeben.

Der Gemeindefürsorge

Magdeburger

Pferde- und Auto-Lotterie

Vorziehung: am 12. Juni 1929.

Hauptziehung: am 8. August 1929 und folgende Tage.

Gesamt-Gewinnplan:

- 2 Hauptgewinne: 1 Automobil oder 1 kompl. Wohnungseinrichtung im Werte von je 7500 M.
 - 2 Prämien: 2 Kutschpferde oder 1 Herrenzimmer im Werte von je 2500 M.
 - 2 Hauptgewinne: 2 edle Pferde od. 1 Auto im Werte von je 3000 M.
 - 4 Gewinne: Reit- bezw. Kutschpferde, Motorräder im Werte von je 750 M.
 - 4 Gewinne: Zuchtvieh, Kücheneinrichtung, gr. Radioanlage oder Gutscheine im Werte von je 500 M.
 - 6 Gewinne: Standuhren, Silberbestecke, Porzellan, Kristalle, Teppiche oder Gutscheine im Werte von je 250 M.
 - 11730 Gewinne: Gebrauchsgegenstände, Wirtschafts- und Wäschartikel oder Gutscheine im Werte von je 2-100 M.
 - Zusf. 11748 Gewinne und 2 Prämien im Werte von 600 000 M.
- Die Prämien fallen auf den zuletzt gezogenen Gewinn.
 Sämtliche Lose, die in der Vorziehung nicht gewonnen haben, sind ohne Nachzahlung auch für die Hauptziehung gültig.

Auf Wunsch Anzahlung mit 90 % in barem Gelde.

Einzel-Los 50 Pfg. Doppel-Los 1 M.

Glücksbriefe: 10 Einzel-Lose oder 5 Doppel-Lose 5,- M.

Lose zu haben bei:

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64

Sie an das hiesige Fernsprech-
unter

Nr. 356

angeschlossen.
Fr. Reinecke

Schönen zarten

Spinat

empfehlen **Hermann Leue**

Autofahrten

mit 6 Siker-Personenwagen

führt zu jeder Tages- und Nachtzeit aus

Fr. Bösch, Kemberg

Fahrradhandlung

Vorläufige Telefon-Nr. 210.

8. Volkswohl-Lotterie

für soziale und kulturelle Zwecke

Ziehung: 12.-18. Juni 1929

Gewinne im Werte von 430 000 M.

- 2 Hauptgewinne: Zwei vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50 000 M.
- 2 Prämien: Zwei Landhäuser im Werte von je 25 000 M.
- 2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20 000 M.
- 2 Hauptgewinne: Zwei Reisen um die Welt im Werte von je 10 000 M.
- 4 Hauptgewinne im Werte von je 5 000 M. und 48 080 andere Gewinne.

Auf Wunsch 90% in bar

Einzellos 1 M. Doppellos 2 M.

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Prima junges fettes
Kind- und Hammelfleisch
und frische **Flecke**
empfiehlt **R. Krausemann**
Zwei junge neumilchende
Rühe mit Kälber
sowie zwei junge schwere
hochtragende Rühe
und eine junge
tragende Seinekuh
stehen preiswert zum Verkauf oder
nehme auch Schlachtwiech in Zahlung
Martin Kramer, Kemberg
Viehhandlung

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes
Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber
und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher
Zähne in Kautschuk, Gold u.
unedlen Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten
und **Stiftzähne.**

Reparaturen werden schnell-
stens ausgeführt.

Wer verkauft

Wohn- oder Geschäftshaus, Villa,
Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od.
sonstigen Betrieb, auch Baugrund
So. Angebote an **F. Wilhelm**
Barantzin, Hamburg, Gloden-
gießewall 16.

Stellen-Anzeigen

für den

Personal-Anzeiger
des **Daheim**

werden durch unsere Geschäfts-
stelle Leipziger Straße 64 ohne
Spelenzuschlag vermittelt. Das
Publikum hat nur nötig, die
kleinen Anzeigen bei uns ab-
zugeben und die Gebühren zu
entrichten. Die Anzeigenpreise
des „Daheim“ sind im Vergleich
zur hohen, über ganz Deutsch-
land gehenden Auflage und der
zuverlässigen Inseratwirkung
niedrig; sie betragen gegen-
wärtig nur 90 Pf. für die Zeile
(= 7 Silben) bei Stellenan-
geboten und nur 70 Pf. bei
Stellengesuchen. • Wir em-
pfehlen, die Anzeigen frühzeitig
aufzugeben.

Kemberger Zeitung

Für den Sommer

empfehle prima rindleberne

Arbeits-Schnürstiefel

in verschiedenen Preislagen.

Alle Größen vorrätig

Gang- und Schaft-Stiefel

in solider Ausführung und guter

Passform.

Otto Paatzsch

Wittenberger Straße 16

Bürger-Verein

Morgen Dienstag Hotel Blauer Hahn

Berfammlung

Der Vorstand

Der

Stahlhelm

Bund der Frontsoldaten

Mittwoch, abend 8 1/2 Uhr im

Berfammlung

der **Münchensfahret.**

Vermittlung von Arbeitnehmern aller Art

auch erten Qualitätskräften

erfolgt kostenlos

durch das **Arbeitsamt Wittenberg** (Bez. Halle)

Hausfrauen, Unternehmer u. Landwirte

bedienen sich deshalb bei Bedarf nur des

Arbeitsamtes Wittenberg (Bz. Halle)

Vermittlungsfunden in Kemberg, Ratsfelder (Bürgeraal)

Telefon 327. **Montags, Mittwochs und Freitags** in der Zeit

von 9-13 Uhr. Sonst erfolgt Vorgesprache oder Anruf beim Hauptamt

Wittenberg, am **Artenalplatz** (Telefon 437/438).

Dienststunden 7-18 Uhr, Sonntags 9-12 Uhr.

Fahren Sie das rassige
fortwollende Triumph-Motorrad!

Selbst unsere steuer- und führungsfreie Typen
sicht wie eine schwere Sportmaschine aus. So
wichtig und elegant wirkt das Triumph-Motorrad
in seinen formvollendeten Linien.
Eine Maschine mit der Kraftreserve eines großen
Wagens - ein Titan an Widerstandskraft und Stra-
pazierfähigkeit!
Das Ideal jedes Kenners des Motorsports, der
Wunsch der sportfreudigen Dame!
Sicherheit und Zuverlässigkeit mit Schönheit vor-
eint!
Unser Triumph-Ratenystem macht jedem die An-
schaffung leicht.
Verlangen Sie Prospekt beim nächsten autori-
sierten Triumph-Händler oder direkt beim Werk
Nürnberg.



Preis:
Steuer- und führungsfreie Touren-
und Sportmaschine
200 ccm Modell K 8
u. 9 Preis RM. 950,-
Touren- und Sportmaschine 300 ccm Modell K 10
und 11 Preis 925,-

TRIUMPH
DAS MOTORRAD HOCHSTER QUALITÄT
TRIUMPH WERKE NÜRNBERG

Vertreter
Fahrrad-Hoffmann, Kemberg

Hausbursche 16-20 Jahre alt, bei gutem Lohn
für sofort gesucht.
Otto Schneider
Gasthof Zum Wachtmeister

Elfa-Motorräder
steuer- u. führungsfreie Nm. 658,-
500 ccm Küchen-Motor Nm. 1200,-
bis 12 Monats-Raten
Großes Lager Größte Auswahl
3] **Auto-Geizze, Wittenberg**

Am Sonntag abend verstarb nach längerem Kranken-
lager im Paul Gerhardt-Stift in Wittenberg mein innig,
geliebter Gatte, unser guter treusorgender Vater, Bruder
Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel
der Auszügler
Wilhelm Huhn
im 74 Lebensjahre.
Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme tief-
betrübt an
Frau Wilhelmine Huhn
geb. Karius
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr vom
Trauerhause aus statt

Für die Teilnahme, die uns beim Ableben unsres
lieben Bruders, Schwagers und Onkels
des **Oberlehrers i. R.**
Karl Kühne
so herzlich dargebracht wurde, sprechen wir unsren
wärmsten Dank aus.
Familien Kühne und Müller.
Kemberg, den 27. Mai 1929.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erseht wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Lohnmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Adressler 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Petitzeile 40 Pfg., Aushangbeilagen 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Lauben, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme normallags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 62

Dienstag, den 28. Mai 1929

31. Jahrg.

Für Motorradfahrer.

Die Bürgerchaft befasst sich immer mehr darüber, daß ein Teil der Motorradfahrer die nötige Rüstung auf die Allgemeinheit vermissen läßt. Die Klagen sind berechtigt. Wir meinen darauf hin, daß wir künftig gegen die Mißstände mit empfindlichen Strafen vorgehen werden.

Die Straßen in der Stadt sind nicht zu Übernahmefahrten da. Das übermäßige Schnellfahren ist gefährlich für Fahrer und Fußgänger. Die Knattergeräusche sind nach Möglichkeit zu vermeiden, ebenso die lästigen Auspuffgeräusche.

Kemberg, den 25. Mai 1929.

Die Polizeiverwaltung.

68]

Am 1. Juni findet eine

Städtisches Elektrizitätswerk.

gegeben werden.

Kemberg, den 25. Mai 1929.

70] Städtisches Elektrizitätswerk.

Neues in Kürze.

* Die Entscheidung in Paris liegt unmittelbar bevor. Dr. Schaack hat die letzten alliierten Forderungen mit einem Nein beantwortet, so daß die Gläubiger entweder nachgeben müssen oder die Konferenz bestenfalls nur mit einem halben Ergebnis schließen kann.

* Auf Wunsch des Reichskabinetts wird das Republikshußgesetz auf drei Jahre verlängert.

* Im Wahlkreis bei der Reichsbahn ist jetzt ein Schiedsgericht geschaffen worden, der eine Vorkonferenz von durchschnittlich 3,2 Mitgliedern für die Gläubiger vorsteht. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Reichsbahn hierdurch Veranlassung zu einer Tarifreduktion nehmen wird.

* Ueber die wichtigsten Aunauflagen werden wiederprechende Nachrichten verbreitet. Angeblich soll er sich nach Rom, Paris oder Berlin begeben.

Technik in der Landwirtschaft.

Reichsminister Dietrich über das Reichskuratorium.

— Berlin, 26. Mai.

In der Mitgliederversammlung des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft ergriß u. a. auch Reichsminister Dietrich das Wort und führte aus, daß die Arbeit des Reichskuratoriums eine der wertvollsten sei, um die Rentabilität in der Landwirtschaft zu steigern. Gerade bäuerliche Betriebe ließen hinsichtlich der technischen Entwicklung sehr viel zu wünschen übrig, und es muß mit allen Mitteln auch an die Verbreitung und Aufzucht der besten technischen Kenntnisse gearbeitet werden. Das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft müsse sich zu einer Zentrale für den landwirtschaftlich-technischen Fortschritt entwickeln. Es sei so, daß man sich heute über die Mittel, die zur Hebung der Produktion der Landwirtschaft notwendig seien, in keiner Weise klar sei, aber man sei sich klar darüber, daß eine vernünftige Technikentwicklung einen der zu befreienden Wege darstelle. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, im nächsten Jahre durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel die Arbeit des Kuratoriums zu erweitern.

Republikshußgesetz soll bleiben.

Verlängerung auf drei Jahre vom Reichskabinetts beschloßen.

— Berlin, 25. Mai.

Das Reichskabinetts beschloß in seiner unter dem Vorsitz des Reichsministers abgehaltenen Sitzung vom Freitag die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von drei Jahren. Die entsprechende Vorlage wird dem Reichsrat sofort zugehen.

Das Reichskabinetts beschloß ferner, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vereinsgesetzes, der den vorigen Reichstag bereits beschäftigt hatte, aber nicht verabschiedet worden war, unverändert wieder einzubringen.

Die konferenzfreie Reichsanleihe aufgelegt.

Neuiger Zeichnungsbeginn.

— Berlin, 25. Mai.

Die gestern begonnene Zeichnung auf die neue Reichsanleihe ist bisher durchaus still verlaufen und hat Überzeichnungen weder nach oben noch nach unten ergeben. Selbstverständlich gelangt der erste Zeichnungstag noch keinen sicheren Schluß auf das Gesamtergebnis. Doch ist man in Finanzkreisen nicht besonders optimistisch.

Der Vorstoß der Banken auf die Anleihe in Höhe von 125 Millionen Reichsmark, der teils in Markt, teils in Devisen gegeben wird, dürfte als sehr gering anzusehen sein.

Auf dem Höhepunkt.

Die Entscheidung steht bevor. — Dr. Schaacks entschiedenes Nein! — Drei Lösung kommen in Frage.

— Paris, 26. Mai.

Die Verhandlungen der Reparationsfachverständigen haben sich endgültig der Entscheidung zugekehrt. Die Forderung des neuen alliierten Zahlungsplanes hatte ergeben, daß die Zahlungsverpflichtungen um nicht weniger als 113 Millionen erhöht werden sollten, wobei die Verteilung der Lasten noch auf die ersten 20 Jahre, die für Deutschlands Sanierung so außerordentlich wichtig sind, die Hauptlast entfiel. Die deutschen Delegierten lehnten dieser Forderung ein entschiedenes Nein entgegen. Die Folge davon war, daß die Gläubiger in privaten Besprechungen die Berechnungsweise änderten, so daß nun noch 52,3 Millionen mehr gefordert wurden, als das von Young-Vorschlägen vorgesehene war.

Die Verhandlungen gingen am Sonnabend vom Vormittag an bis in die Abendstunden weiter und man rechnete mit der Entscheidung über das Schicksal der Konferenz. Die deutsche Delegation beschloß, unter keinen Umständen von dem von Young vorgeschlagenen Plan abzugehen. Auch Young selbst hat die Ansicht, für jene Vorläufe einzutreten. Es kam daher jetzt nur drei Lösung geben: Alle Konferenzteilnehmer genehmigen den Youngschen Vorschlag; oder man geht ohne Resultat auseinander oder aber man genehmigt nur die Vorläufe, einen Mehrheitsbericht der Gläubiger, der die alliierten Forderungen entfällt, und einen Minderheitsbericht Youngs und der deutschen Delegation, der sich auf den Youngschen Zahlungsplan stützt.

von Hoersch bei Briand.

Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte den französischen Außenminister Briand am Montag, um ihm zunächst Mitteilung von der glücklichen Heimkehr des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ zu machen, und ihm bei dieser Gelegenheit nochmals den Ausdruck des Dankes für die tatkräftige Hilfeleistung der französischen zuständigen Stellen zu erneuern. Der Botschafter hat ferner amtlich Kenntnis von dem Austritt des deutschen Sachverständigen Dr. Wägler, und seine Erziehung durch Geheimrat Kästl gegeben.

Reichsregierung steht hinter Schaack.

Die Berliner Auffassung.

— Berlin, 26. Mai.

Wenn es zu einem Scheitern der Sachverständigenverhandlungen in Paris kommen sollte, so liegt das, wie von Berliner zuständiger Stelle erklärt wird, vor allem daran, daß zwei Fragen in Paris in den Vordergrund gerückt sind, die mit den Sachverständigenverhandlungen eigentlich gar nichts zu tun haben, nämlich die Frage der belgischen Markguthaben und die Frage der Verteilung der Zahressahlungen unter die Alliierten.

Von zuständiger Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich die Auffassung der deutschen Sachverständigen vollständig mit der Auffassung der Reichsregierung deckt. Selbstverständlich habe die Reichsregierung in keiner Weise den Sachverständigen irgendwelche schriftlich festgelegten Meinungen nach Paris geschickt. Ferner wird erklärt, daß über die Rückgabe des Saargebietes in Paris nicht gesprochen worden sei.

Der polnische Nachbar.

Wie in Berliner politischen Kreisen angenommen wird, dürfte die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen am 27. Mai in Warschau wieder aufgenommen werden. Ob der deutsche Delegationsführer Dr. Hermes die den Verhandlungen selbst schon anwesend ist, ist jedoch fraglich. Wahrscheinlich werden die Vorverhandlungen zunächst von dem deutschen Gesandten in Warschau, Herrmann, geführt und erst nach kurzer Zeit bestimmt in Berlin aufhört und der mit neuen Instruktionen der deutschen Regierung nach Warschau wieder nach Warschau zurückkehren wird. Was seine Berliner Besprechungen anbelangt, so dürfte zunächst einmal über die von Polen in Verfolg der Doppelner Vorläufe verfügten neuen Entzifferungen gesprochen werden, da, wie wir zuverlässig erfahren, diese Frage gegenwärtig die zentrale der zukünftigen Verhandlungen sein dürfte. Es liegen jetzt eine Reihe von Einzelheiten über die neuen Liquidationen, die in Polen angehängt worden sind, vor. Nachdem beinahe drei Jahre lang solche Liquidationen unterblieben waren, jetzt jetzt geradezu eine Flut von neuen Auslieferungen ein. Darunter figurieren Beschlüsse von 4 bis 6000 Hektar, deren Anhaber sich vergeblich um die polnische Staatsangehörigkeit bemüht haben. So ist erst vor kurzem das als Wlodekowitz bekannte Gut des Herrn von Hart, Kreis Neutomischel, 3000 Hektar, sowie das Gut Sarnowitz des Grafen Schwerin, Kreis Schmeß, 4673 Hektar, eines der größten deutschen Güter in Polen, zum Zwangsverkauf ausgetrieben worden. Gleichzeitig ist die Zahl der liquidierten Kleinbesitzer auf 40 Güter mit rund 1000 Hektar gestiegen.

Die letzte polnische Maßnahme ist die Enteignung der jenseits der Grenze liegenden Ländereien der deutschen Besitzer des grenznäherlichen Ortes Lupitz, wofür den Besitzern ganz minimale Beträge als Entschädigung angesetzt wurden, so daß, wie meistens bei Kleinbesitzern, die Verwaltungskosten den Erlös bedeutend übersteigen. Wie brutal diese Maßnahme durchgeführt wurde, erhellt aus dem die dankschuldigen Besitzer drei Tage nach Zustellung des Liquidationsbeschlusses ihr Land, auf welchem die Frühjahrspflanzung selbstverständlich mit aller Sorgfalt durchgeführt worden war, nicht mehr betreten dürfen.

Bis zum Jahre 1926 hatte Polen bereits 15 Großgrundbesitzer mit 8000 Hektar und 907 Kleinbesitzer mit 15.000 Hektar durch Zwangsverkauf enteignet. Außerdem waren bis zu diesem Zeitpunkt 33.000 Hektar Großbesitzungen und 2500 Hektar Kleinbesitz durch sogenannte Angeltwänge ihren deutschen Besitzern verloren gegangen. Seit dem Juli 1926 waren dann der fortgesetzten langwierigen Auslieferungsbemühungen der deutschen Regierung keine Entzifferungen mehr vorgekommen worden. Formell hatte die deutsche Regierung zwar immer an der Aufrechterhaltung der Liste A und B der für die Enteignung vorgesehenen deutschen Güter festgehalten, jedoch ließen die diesbezüglichen Verhandlungen der beiderseitigen Regierungen — wie tatkräftige Stützung des Liquidationsverfahrens erhoffen. Auch die diesbezügliche Befragung des deutschen Gesandten in Warschau Blühmühl schien eine endgültige Vereinbarung dieser Frage zu verheißen.

Zur Aufklärung des polnischen Vorgehens ist ermahnt, daß fast alle anderen Mächte, soweit sie als Kriegsgegner auf Grund des Verfallens Diktats Liquidationsansprüche gegen Deutschland haben, freilich auf dieses littenwidrige „Recht“ verzichtet haben, da seine Geltendmachung unvereinbar ist mit den Empfindungen und dem Rechtsgefühl der heutigen Zeit, das elf Jahre nach dem Kriege immerhin soweit wieder erstarrt ist, um die Schädigung von Privatpersonen durch staatliche Spekulation, die nicht die Gesamtheit betreffen, als unzulässig zu verwerfen. Die Liquidation und zwangsweise Veräußerung angekauften und bewirtschafteten Grundbesitzes stellt aber gegenüber liquiden und irgendwie doch nur materiell zu bewertenden Vermögen eine besondere Willkürhaftigkeit dar, die nicht nur soziale Folgen für die Betroffenen nach sich zieht, dabei hat Polen noch nicht einmal zu unseren Kriegsgegnern gehört, sondern verankert seine Weiderechtigung der Initiative der Mittelmächte.

Das Vorgehen der polnischen Regierung kann nur dazu dienen, die an und für sich schon sehr heißen deutsch-polnischen Beziehungen nur noch mehr zu erhitzen. Wenn man von polnischer Seite der Wunsch nach einer Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen geäußert wird, so ist anzunehmen, daß nach seiner Rückkehr nach Warschau der deutsche Gesandte den Standpunkt der Reichsregierung nachdrücklich dahin zum Ausdruck bringen wird, daß jede Fortsetzung der Verhandlungen unzulässig ist, wenn die polnische Regierung fortfährt, die grundbesitzliche Verurteilung des deutschen Besitzes in Polen zu ihrer Entscheidungspolitik in dieser brutalen Weise fortzusetzen. Es ist anzunehmen, daß die polnische Regierung bei den kommenden Verhandlungen ihre „Gerechtigkeit“ erklären wird. Die Liquidationen vorläufig gehend einzustellen, da sie selbst kaum den Zweck erfüllen, daß Handelsvertragsverhandlungen zu erhitzen. Wenn die polnische Regierung die gegenwärtige Pause der Vertragsverhandlungen zulassen mit dem Doppelner Vorfall lediglich zu einem letzten großen Vorstoß auf den deutschen Grundbesitz in Westpolen auszuheben wollte. Ingesamt sind in den letzten Wochen 84 Objekte von der granatamen Entzifferungsmaßnahme betroffen worden!